



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 13.01.2022**

öffentlich

Ort: Videokonferenz

Zeit: 16:04 Uhr bis 19:16 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Frau Krimmling-Schoeffler
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:12 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme ab 16:24 Uhr bis 19 Uhr
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:50 Uhr
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 17:11 Uhr

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter Geschäftsbereich II
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste

Mathias Lux	Geschäftsführer Stadtwerke Halle GmbH
Dr. Katja Nowak	Stadtwerke Halle GmbH
Olaf Schneider	Geschäftsführer der EVH GmbH

Entschuldigt fehlten:

Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Ronja Tummescheit	Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue informierte, dass folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen sind.

TOP 4.1

Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/03173

→ **Vorschlag: vertagen**

TOP 3 und TOP 10

Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.12.2021

→ **Vorschlag: vertagen**

TOP 6.1 bis 6.5

→ Schriftliche Anfragen werden in der kommenden Ausschusssitzung beantwortet:

→ **Vorschlag: vertagen**

Herr Raue fragte, ob der Antrag unter TOP 5.2 mit vertagt werden soll.

Herr Aldag bat um Stellungnahmen, inwieweit die Stadtverwaltung den Antrag im Zusammenhang mit dem Abfallwirtschaftskonzept sieht.

Herr Johannemann antwortete, dass die Zielstellung des Antrags als ergänzend angesehen wird. Die Verwaltung wird in der kommenden Ausschusssitzung Vorschläger zur Untersetzung und zur Konkretisierung des Konzeptes unterbreiten.

Herr Aldag vertagte den Antrag unter TOP 5.2 bis Februar 2022.

Frau Krischok vertagte den Antrag ihrer Fraktion unter TOP 5.1, da die Beschlussvorlage zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung noch nicht vorliegt. Sie empfahl auch die anderen beiden Anträge zur Sondernutzungsgebührensatzung zu vertagen.

Frau Dr. Burkert bat um eine Behandlung des Antrags ihrer Fraktion.

Frau Jacobi vertagte den Antrag ihrer Fraktion unter TOP 5.3 da die entsprechenden Beantwortungen zu der Thematik noch nicht vorliegen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.12.2021 **VERTAGT**
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03173 **VERTAGT**
- 4.2. Variantenverzicht und Baubeschluss "Maßnahmen zur Schadensbehebung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses am Osendorfer See im Juni 2013 - Wiederherstellung Böschungen und Regattastrecke"
Vorlage: VII/2021/02685
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03313 **VERTAGT**
- 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Zero Waste-Konzepts
Vorlage: VII/2021/03069 **VERTAGT**
- 5.3. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Entsiegelungskatasters
Vorlage: VII/2021/03218 **VERTAGT**
- 5.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Unterstützung der Initiative GOLEHM
Vorlage: VII/2021/03300
- 5.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030
Vorlage: VII/2021/03277
- 5.5.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030 (VII/2021/03277)
Vorlage: VII/2021/03426
- 5.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03208

- 5.6.1. Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03512
- 5.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Aufstellung von Fahrradbarometern
Vorlage: VII/2021/03341
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: VII/2021/03529 **VERTAGT**
- 6.2. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur ehemaligen Kleingartenanlage Saaleletal in Lettin
Vorlage: VII/2021/03530 **VERTAGT**
- 6.3. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Umsetzungsstand der Maßnahme 11 des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03531 **VERTAGT**
- 6.4. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Abfallwirtschaftskonzept 2021
Vorlage: VII/2021/03532 **VERTAGT**
- 6.5. Anfrage des Stadtrates Gernot Nette zum Abfallwirtschaftskonzept
Vorlage: VII/2021/03548 **VERTAGT**
- 7. Mitteilungen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.12.2021 **VERTAGT**
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 14. Mitteilungen
- 15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 16. Anregungen

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.2 **Variantenverzicht und Baubeschluss "Maßnahmen zur Schadensbehebung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses am Osendorfer See im Juni 2013 - Wiederherstellung Böschungen und Regattastrecke"** Vorlage: VII/2021/02685

Herr Rebenstorf führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Raue sagte, dass er der Sanierungsmaßnahme kritisch gegenüber steht. Das Thema soll im nächsten Naturschutzbeirat diskutiert werden. Daher empfahl er dieses Thema hier im Ausschuss noch nicht abschließend zu beraten. Er berichtete, dass der Osendorfer See seiner Meinung nach ohne Einschränkungen für Landeswettbewerbe genutzt werden kann. Die Maßnahmen sollten seiner Meinung nach nicht durchgeführt werden, da Uferböschungen befestigt sind und sich das Ökosystem weitgehend wieder erholt hat. Für ihn ist die Durchführung der Maßnahme eine Fördergeldverschwendung und entspricht nicht den Förderkriterien.

Herr Rebenstorf sprach sich gegen die Vertagung aus. Die Maßnahme wurde mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt und wurde gutachterlich unterlegt. Aus Sicht des Sportvereins sind die Maßnahmen erforderlich und erwünscht.

Frau Dr. Burkert berichtete, dass Herr Preußler, Vorsitzender des Halleschen Kanu-Club 54 e.V., gesagt hat, dass die Wiederherstellung der Regattastrecke unbedingt erforderlich ist. Der Kanu-Club als auch der Drachenbootverein bitten um Zustimmung der Maßnahme.

Herr Raue sagte, dass die Sportveranstaltungen/ Meisterschaften auch ohne die Umsetzung der Maßnahme stattfinden. Er fragte, wo ein solch großer Eingriff notwendig ist. Zudem gab er zu bedenken, dass nach der Maßnahme einen besseren Zustand hergestellt wird. Er fragte nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Seiner Meinung nach ist die Notwendigkeit für diese Maßnahme nicht gegeben.

Herr Krause fragte, inwieweit die geplanten baulichen Veränderungen gegenüber einem Folgeereignis wie Hochwasser präventiv sind.

Herr Johannemann antwortete, dass nach dem Bruch des Damms die Bruchstellen bereits vor Jahren so instand gesetzt wurden, dass ein erneuter Bruch nahezu ausgeschlossen werden kann.

Herr Scholtyssek sagte, dass die Stadt Halle (Saale) dankbar über die geplante Instandsetzungsmaßnahme sein kann. Er übte Kritik an der Dauer des Verfahrens. Weiterhin berichtete er, dass der Verein klargemacht hat, dass die Sanierungen des Sees dringend erforderlich sind und der Zustand des Sees derzeit nicht den Anforderungen an eine Regattastrecke entspricht. Hierbei handelt es sich um eine notwendige Maßnahme.

Frau Dr. Burkert bestärkte die Aussagen von Herrn Scholtyssek. Sie sagte, dass es ein Empfehlungsschreiben des deutschen Kanuverbandes vorliegt, der eine nachhaltige Befestigung der Hänge und eine nachhaltige Sicherung der Regattastrecke als notwendig erachtet. Der Kanusport ist eine olympische Schwerpunktsportart in Sachsen-Anhalt. Zudem gibt es nationale und internationale Regatten und die Regattastrecke im Osendorfer See erfüllt als einzige Strecke in Sachsen-Anhalt die entsprechenden Erfordernisse für solche Wettkämpfe. Sie bat um Zustimmung.

Herr Johannemann merkte an, dass der Fachbereich unmittelbar nach der Flut begonnen hat, verschiedene Maßnahmen durchzuführen. Für das spezielle Projekt „Einzelmaßnahme 265 Böschungssanierung mit Regattastrecke“ gab es intensive Abstimmungen mit dem Fördermittelgeber. Unter anderem die Begutachtung der naturschutzrechtlichen Eingriffe und die intensiven Abstimmungen mit dem Land haben viel Zeit in Anspruch genommen.

Herr Raue merkte an, dass nach wie vor die Landesmeisterschaften im Osendorfer See ausgetragen werden, die letzte erst im vergangenen Jahr.

Herr Johannemann gab zu bedenken, dass für die Landesmeisterschaften des Landes Sachsen-Anhalt die Rahmenbedingungen erfüllt werden können, allerdings nicht für deutsche Meisterschaften oder Jugendmeisterschaften.

Auf Antrag der Stadträtin Frau Thomann wurde zu folgendem Part ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Rebenstorf

Herr Raue, ich möchte Sie bitten, klar zu trennen, Sie führen hier die Sitzungsleitung und wenn Sie persönlich ausführen wollen, dann kennzeichnen Sie das auch. Ansonsten, Sie haben sicherlich einen Stellvertreter, ich weiß jetzt nicht, wer es im Umweltausschuss ist. Da bitte ich einfach, an den Stellvertreter abzugeben. Im Planungsausschuss achte ich da auch tunlichst darauf. Wenn es Herrn Feigl wichtig ist, tauscht er immer grundsätzlich mit Frau Winkler, weil, das geht mir gerade zu sehr Pingpong-mäßig hin und her und die Verwaltung wird sich dann irgendwann hier auch weiter raushalten, wenn das so weitergeht. Also entweder es sind Ihre Statements abgeschlossen, oder Sie tauschen jetzt bitte mit Ihrem Stellvertreter. Vielen Dank.

Herr Raue

Ja, erstmal vielen Dank. Ich werde das, ich dachte schon, dass Sie das immer erkennen, wenn ich für mich spreche oder wenn ich irgendwie ein Verfahrenseingriff oder eine Verfahrensleitung durchführe. Ich hätte auch gedacht, dass Sie das erkennen, aber wenn Sie das nicht erkennen, dann tut es mir Leid, denn, es hilft uns ja allen nicht, ja. Leichter wäre es auch alles für mich, wenn wir hier an dieser Stelle von der AfD-Fraktion auch sachkundige Einwohner mit einbringen könnten, die werden ja vom Stadtrat abgelehnt, das heißt, ich stehe hier tatsächlich ganz alleine. Ich will mich da nicht beschweren, das mache ich seit Jahren so, das bin ich gewohnt. Wenn Sie mir hier so schräg kommen, kann ich Ihnen auch noch richtig schräg kommen, also, bitte überlegen Sie sich immer, wie Sie mit mir sprechen, ja. An dieser Stelle sehe ich aber Herrn Aldag und dann gebe ich Herrn Aldag das Wort.

Herr Aldag

Nur darauf ganz kurz erwidern. Erstens, es gibt andere Wortmeldungen und ich glaube, die Einlassung von Herrn Rebenstorf ging dahingegen, Herr Raue, dass Sie die Wortmeldungen nicht sehen und Sie als Versammlungsleiter außerhalb, sage ich mal, der festgeschriebenen Reihenfolge immer dazwischen grätschen und die Reihenfolge da durcheinander bringen. Sie haben sich auch als Vorsitzender in die Reihenfolge einzugliedern, Sie können nicht einfach sich zum Diskussionspunkt äußern als Vorsitzender und damit die Reihenfolge außer Kraft setzen. Das ist glaube ich, was Herr Rebenstorf dort auch gemeint hat und das würde auch Sie bitten, als Ihr Stellvertreter, dass Sie das einhalten und darauf achten, dass es hier noch andere Wortmeldungen gibt. Frau Mark hat sich schon lange gemeldet. Sie ist jetzt dazugekommen und dass man so die Reihenfolge einhält und dass Sie sich nicht immer dazwischen quetschen Kraft Ihres Amtes, das ist, glaube ich, nicht okay.

Herr Raue

Okay, vielen Dank Herr Aldag, jetzt gebe ich das Wort an Frau... Frau Thomann hat sich, glaube ich, gemeldet. Ist das richtig?

Frau Thomann

Jawohl, ich hatte mich gemeldet, und zwar leider fühle ich mich verpflichtet nicht zum Thema zu sprechen, sondern zu dem Verfahren. Ich beantrage also, dass der gesamte Wortwechsel, der hier stattgefunden hat, wörtlich protokolliert wird. Danke.

-Wortprotokoll Ende-

Frau Mark wies darauf hin, dass auch sie ohne sachkundige EinwohnerInnen im Ausschuss vertreten ist. Sie merkte an, dass sie die Befürchtung, dass die Maßnahme nicht förderfähig ist, von der Hand zu weisen ist, da ein Bescheid vom Land Sachsen-Anhalt vorliegt. Des Weiteren versteht sie die Kritik nicht darüber nicht, dass nach Vollendung der Maßnahme ein verbesserter Zustand des Geländes hergestellt wird. Sie warb um Zustimmung.

Herr Raue sagte, dass er nicht verstehen kann, dass Förderkriterien so gedehnt werden, dass nach Abschluss der Maßnahme ein besserer Zustand hergestellt werden kann. Er wies darauf hin, dass Fördergelder des Landes durch Steuerzahler zu tragen sind. Die Gelder könnten seiner Meinung nach sinnvoller eingesetzt werden.

Frau Mark sagte, dass sie die Auffassung teilt, dass mit Steuermittel verantwortungsvoll umgegangen werden muss. Hierbei geht es um Prioritätensetzung. Zudem sagte sie, dass eine 1 zu 1 Wiederherstellung die Kosten minimieren würde.

Herr Raue sagte, dass seine Fraktion sämtliche Volkssportinitiativen unterstützt. Seiner Meinung nach sei auch die Durchführung des Sports am Osendorfer See ohne eine derartige kostenintensive Maßnahme möglich. Für ihn sei der Verzicht auf olympische Wettkämpfe verkraftbar.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.2 Variantenverzicht und Baubeschluss "Maßnahmen zur Schadensbehebung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses am Osendorfer See im Juni 2013 - Wiederherstellung Böschungen und Regattastrecke"
Vorlage: VII/2021/02685

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis
Stadträtinnen und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für die Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen in den Böschungsbereichen und zur Wiederherstellung der Regattastrecke am Osendorfer See auf den Variantenbeschluss zu verzichten.

2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen in den Böschungsbereichen und zur Wiederherstellung Regattastrecke am Osendorfer See (EM 265) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Unterstützung der Initiative GOLEHM
Vorlage: VII/2021/03300**

Herr Menke brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung des Antrags bat.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Unterstützung der Initiative GOLEHM
Vorlage: VII/2021/03300**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis
Stadträtinnen und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert:

- die Initiative GOLEHM aktiv zu unterstützen und an der Entwicklung geförderter, ökologischer Bauprojekte im Stadtgebiet mitzuarbeiten,
- bei anstehenden Neubauprojekten den traditionellen und gleichzeitig visionären Baustoff Lehm als nachhaltige Alternative zu berücksichtigen,
- fachliche Unterstützung bei der Entwicklung baurechtlicher Grundlagen für den historischen und modernen Lehmbau zu geben,
- die Initiative GOLEHM bei der Erfassung des Bestandes an historischen Lehmbauten in der Stadt zu unterstützen,
- den Stadtrat im April 2022 über den erreichten Sachstand zu informieren.

**zu 5.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030
Vorlage: VII/2021/03277**

**zu 5.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030 (VII/2021/03277)
Vorlage: VII/2021/03426**

Auf Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI wurde zur Stellungnahme von Herrn Paulsen, Frau Dr. Nowak und Herrn Schneider ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Lange brachte den Antrag der antragstellenden Fraktionen ein und begründete diesen.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Lux, Frau Dr. Nowak und Herrn Schneider das Rederecht erteilt.

-Wortprotokoll Beginn-

Herr Paulsen

Ich wollte mich nochmal bedanken für die Möglichkeit, dass wir in dieser Runde nochmal diskutieren, wir hatten ja eine emotionale Auseinandersetzung in der Stadtratssitzung. Aber, es war ja aus Sicht der Verwaltung ausdrückliches Ziel, dass wir gemeinsam, Stadtverwaltung, Stadtrat, wahrscheinlich auch Stadtwerke und im Ergebnis auch Akteure und Akteurinnen der Stadt gemeinsam in einen Diskussionsprozess gehen, weil es unser ausdrücklicher Wunsch ist, diesen Weg, den Sie hier mit ihrem Antrag auch skizziert haben, nämlich, das, was im Moment im Bund mit dem Jahr 45 ja gesetzlich als Klimaschutzziel verankert ist, dass wir hier in Halle deutlich schneller dieses Ziel erreichen. Dieses Ziel teilen wir grundsätzlich. Für uns ist tatsächlich die Frage, wie können wir das erreichen.

Wir haben bei den bisherigen Vorgehensweisen und auch bei den Zielformulierungen, die wir im Leitbild ja gemeinsam getragen haben durch Stadtrat und Stadtverwaltung, immer versucht ein machbarer Weg mit ambitioniertem Ziel zu verbinden. Bei diesem Weg würden wir gerne bleiben, weil es für uns wichtig ist, die vorhandenen Ressourcen, die nicht endlich sind, das wissen Sie, die leider nicht endlich sind diese vorhandenen Ressourcen, auch zielgerichteten einsetzen zu können. Also, insbesondere dort, wo wir als Stadt auch Möglichkeiten haben direkt oder auch lenkend oder auch gerne motivierend einzugreifen. Wir sind uns bewusst, dass das Handeln der Stadt auch andere Akteure motiviert und wahrscheinlich auch notwendig ist, damit man Bewegung in anderen Bereichen, kommunale Bewegung bewirken kann.

Trotzdem sollten wir gemeinsam schauen, wer kann etwas tun, wie kann das getan werden und was braucht man dafür. Wir haben gemeinsam mit den Stadtwerken diesen Diskussionsprozess über die Feiertage nochmal vorangetrieben. Es gibt 2 Punkte, die wir jetzt sozusagen direkt mit Ihnen diskutieren möchten. Der eine ist der, dass wir an der Leitbilderarbeitung natürlich weiter dran waren, das haben wir hier auch schon berichtet, dass hier eine Überarbeitung stattgefunden hat. Hier ist es so, dass wir Ihnen heute noch nicht das überarbeitete Leitbild vorstellen können. Wir müssen das intern noch abstimmen. Es ist auf jeden Fall sichtbar, dass wir die Klimaschutzziele, die gesetzlich fixiert sind, also diese Zahl 2045 unterschreiten werden. Wir gucken jetzt noch, unter welchen Prämissen oder mit welchen Rahmenbedingungen wir nochmal einige Jahre gewinnen können und würden Ihnen gerne in einer der nächsten Sitzungen, so schnell wie möglich, wie gesagt, ich kann es heut noch nicht versprechen, dass es Februar wird, aber in einer der nächsten Sitzungen vorstellen, wie wir die Ziele, Leitbild untersetzen und welche Jahreszahl als grobe Orientierung wir Ihnen dort vorschlagen können. Das ist das eine.

Und das andere ist, dass die Stadtwerke sich freundlicherweise auf den Weg gemacht haben und überlegt haben, wie kann man diesen Weg dahin zu diesem Ziel gestalten, wie kann das Form annehmen, weil, und das war ja auch ein Punkt, wo sich Stadtverwaltung und Stadtrat gerieben haben, weil das natürlich eine Herausforderung ist, insbesondere auf Sektoren Einfluss zu nehmen oder auf Akteure Einfluss zu nehmen, sei es nur Landwirtschaft oder sei es zum Beispiel für die private Wohnungswirtschaft, also, auf diesen anderen Bereich Einfluss zu nehmen, wo die Stadt eigentlich keinen Einfluss hat, außer dass sie motivierend und vorbildhaft wirken kann.

Wie gesagt, hier haben die Stadtwerke ein Konzept entwickelt, eine Roadmap, die Ihnen Herr Lux vorstellen wird und wir glauben, dass das ein guter Diskussionsaufschlag ist, um Struktur reinzubekommen in die Frage, wie erarbeiten wir neue Projekte und wie können wir insbesondere andere Akteure, die nicht Stadtverwaltung, nicht Stadtrat und nicht Konzern sind einbinden in diese Zielformulierung und in die Umsetzung ambitionierten CO₂-Einsparmaßnahmen. Vielen Dank.

-Wortprotokoll Ende-

Herr Lange sagte, dass es Aufgabe der Stadtverwaltungsspitze sein wird, genau die Akteure der Stadtgesellschaft zusammenzuholen und diesen sektorübergreifenden Dialog zu organisieren, als auch Ziele selbst vorzugeben und dann gemeinsam zu schauen, wie diese Ziele erreicht werden können. Der eigentliche Impulsgeber muss die Stadt selbst sein.

Herr Raue fragte Herrn Lange, ob es über eine freiwillige Vereinbarung zwischen Stadtverwaltung und Akteuren hinausgehen kann.

Herr Lange antwortete, dass im beste Fall ein Stadtvertrag erarbeitet wird. Dem sollte aber nicht vorweg gegriffen werden. Wichtig ist, dass es einen sektorübergreifenden Dialog gibt und Verbindlichkeiten geschaffen werden.

Herr Paulsen sagte, dass es der Stadtverwaltung wichtig ist, diesen Dialog zu führen. Die Stadt ist zentraler Akteur, aber da gehören auch die Kommunalpolitik, Initiativen und die anderen Verantwortungsträger (private Wohnungswirtschaft) dazu.

-Wortprotokoll Beginn-

Herr Lux

Vielen Dank und guten Abend, Herr Vorsitzender. Herr Paulsen Dankeschön für die Einladung und die Gelegenheit, dass wir kurz sprechen dürfen. Wir sind nicht faul gewesen, wir hatten ja im vergangenen Jahr im Hauptausschuss diese Befassung mit dem Thema, nachfolgende Stadtratssitzung auch und Herr Paulsen hat es gesagt, wir haben gemeinsam mit ihm und mit Herrn Zwick, mit der EVH begonnen daran zu arbeiten. Das, was wir Ihnen heute zeigen, ist, glaube ich, ein sehr gutes qualifiziertes Zwischenergebnis, das wir bezeichnen als Roadmap, über den Anglizismus kann man streiten, das gebe ich zu. Aber er bringt am besten auf den Punkt, was wir heute zeigen wollen.

Wir wollen Ihnen zeigen, wie kann das Verfahren aussehen, mit dem wir zu einem Plan für die Klimaneutralität in Halle kommen. Gegliedert haben wir es uns folgendermaßen: Ich würde die Eingangsbemerkungen machen und die Grundprinzipien erläutern, dann würde Frau Dr. Nowak übernehmen. Frau Dr. Nowak ist Führungskraft im Hause der EVH und hat sich ganz wesentlich mit den Inhalten dessen, was wir Ihnen zeigen wollen, auseinandergesetzt. Sie ist aus unserer Sicht auch die geeignete, die das auch führen kann, was wir jetzt hier sehen und Olaf Schneider würde dann den wichtigen Schluss übernehmen und aufzeigen, was ihm in den letzten Tagen gelungen ist mit den Partnern, insbesondere in der (unverständlich) Initiative, Gewerbebetriebe, Wohnungsgenossenschaften, schon im Sinne von Absprachen, Unterstützung gelungen ist.

Herr Paulsen hat das angesprochen, ich glaube, wir dürfen hier auf keinen Fall das Trennende betonen, sondern das führende System muss hier die Stadt sein und nicht die Stadtwerke. Wir sind ein Teil davon, ganz klein, aber führend muss das Thema Klimaschutzkonzept der Stadt sein. Während Frau, ich würde, wenn Sie damit einverstanden sind, Herr Raue, Frau Dr. Nowak bitten, dass Sie die Präsentation vielleicht schon aufmacht, mit der wir uns durchhangeln wollen.

Ich würde zu Beginn nochmal auf einige Dinge ganz kurz eingehen wollen. Bitte glaube Sie uns, dass man in Deutschland in der Energiebranche das „ob“ der Energiewende überhaupt nicht mehr diskutiert. Seit einigen Jahren schon, ob große oder kleine Unternehmen, ob RWE EON oder die Stadtwerke in Halle, ist das Thema „ob“ der Energiewende Bestandteil unserer Unternehmensplanungen geworden. Das diskutiert niemand mehr. Wir diskutieren nicht einmal mehr, das „wann“, weil jedem klar ist, dass das so schnell wie möglich erfolgen soll.

Aber was wir diskutieren ist das „wie“ und das ist im Wesentlichen eine Technologiefolge, es sind einfach, das muss man annehmen und das müssen auch wir annehmen, Fragestellungen im ingenieurtechnischen Bereich, auch im Forschungs- und Entwicklungsbereich offen, an denen Gesellschaften wie die Fraunhofer Gesellschaft ganz intensiv arbeiten. Der Klassiker ist das Thema Stromspeicherung, Sie kennen das, dort haben wir viele Technologiefolge, die noch offen sind, von denen wir glauben, dass sie gelöst werden, sie aber technologisch noch nicht gelöst sind zum heutigen Zeitpunkt.

-Wortprotokoll Ende-

Herr Lux und **Frau Dr. Nowak** ergänzten die Ausführungen anhand der Präsentation.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

-Wortprotokoll Beginn-

Herr Schneider

Also, ich spreche nicht nur als Geschäftsführer der EVH heute, sondern eben auch als Vertreter der Energieinitiative und vielleicht an der Stelle noch einmal, die Aufsichtsratsmitglieder der EVH wissen das natürlich: Wer ist die Energieinitiative?

Die Energieinitiative ist ein Bündnis aus 26 Partnern. Wir haben uns im Oktober 2016 schon zusammengeschlossen und da sind die komplette Wohnungswirtschaft, also alle Wohnungsgenossenschaften sind dabei und die Wohnungsgesellschaften. Es ist die Industrie dabei, KSB zum Beispiel als Pumpenhersteller. Es sind die Krankenhäuser dabei, also Elisabeth Krankenhaus, Bergmannstrost, Martha-Maria, der Wissenschaftsbereich mit Fraunhofer Institut, TGZ, die öffentlichen Einrichtungen natürlich der Stadt. All diese Partner haben sich in 2016 zusammengeschlossen, um genau diese Dekarbonisierungsstrategie, aber auch diese Energiewende gemeinsam zu gestalten und ich wollte an der Stelle nur sagen, das sind gerade auch mit der Wohnungswirtschaft, mit knapp 60.000 Wohnungen unter 140.000 Einwohnern, ist das schon ein Partnerbündnis, der natürlich auch einen großen Sektorbereich hier abdeckt und wir sind mit dieser Energieinitiative auch bei der deutschen Energieagentur ausgezeichnet worden, besonders gewürdigt worden, gerade bei dem Thema Stakeholderbeteiligung/ Bürgerbeteiligung.

Und viel wichtiger war gar nicht mal, dass wir da als Platz Nummer 1 ausgezeichnet worden oder, dass wir da eine besonders gewürdigt worden, viel wichtiger war eigentlich, dass die deutsche Energieagentur aufgezeigt hat, die Handlungsempfehlung, die man bei Energiewende im urbanen Umfeld benötigt, dass wir diese schon umsetzen bzw. schon umgesetzt haben. Und ich habe mit allen Partnern, mit allen 26 Partnern in den letzten Tagen gesprochen und habe das, was hier gerade vorgestellt wurde von der Frau Dr. Nowak und von Matthias Lux abgestimmt, das heißt, dass alle 26 Partner stehen genau zu dieser Roadmap und würden gerne gemeinsam mit uns dieser Roadmap Klimaneutralität in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren entwickeln, weil das natürlich auch die Partner sind, die das am Ende des Tages auch umsetzen müssen. Vielen Dank.

-Wortprotokoll Ende-

Herr Paulsen sagte, dass geprüft werden muss, wie andere Akteure an die Roadmap ange-dockt werden können. Er sagte, dass Teilprojekte jenseits der Stadtwerke benötigt werden. Er informierte über den „Runden Tisch – Klimaschutz“, welcher einen wesentlichen Bestand-teil der notwendigen Bestandsaufnahme darstellt.

Herr Lange begrüßte den Vorschlag von Herrn Paulsen und regte die nochmalige Verstän-digung zwischen den Fraktionen an.

Herr Krause sagte, dass geschaut werden muss, wie das Klimaschutzzentrum als Stabsstel-le auf die neuen Aufgaben ausrichtet oder erweitert.

Herr Aldag sagte, dass eine fraktionsübergreifende Einigung auf Grundlage der neuen Er-kenntnisse gefunden werden sollte. Er bedankte sich für die Präsentation.

Herr Raue bedankte sich für die ausführliche Vorstellung. Seine Fraktion befürwortete die starke Orientierung an Wirtschaftlichkeit und auch an der Machbarkeit. Seiner Meinung nach ist der Änderungsantrag zum Antrag zielführender und sinnvoller. Er äußerte seine Beden-ken über die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, bei der Verwirklichung der Klimaschutzziele. Er sagte, dass einige Länder in der EU unterschiedliche Wege gehen und für deren Ener-giepolitik die Atomkraft nutzen und damit viel schneller die Klimawende erreichen werden.

Herr Paulsen sagte, dass bei der Betrachtung der kommunalen Ebene auf Dinge zurückge-griffen werden sollte, auf die die Kommune auch Einfluss hat. Er befürworte einen gemein-samen Diskussionsprozess zwischen Fraktionen und Stadtwerke. Er appellierte an die Stadt-räte, auch die Stadtverwaltung im Diskussionsprozess mit einzubeziehen.

Herr Scholtyssek sagte, dass Herr Raue, als Ausschussvorsitzender, sein Rederecht nicht missbrauchen kann, um ewig lange Monologe zu halten. Er merkte an, dass einiger seiner Aussagen durchaus bedacht werden müssen, dennoch kann Halle (Saale) nicht die bundes-deutsche oder europäische Klima- und Energiepolitik beeinflussen. Zudem lobte er die Stadtwerke für diese konzeptionelle Herangehensweise an das Thema. So wichtig die Stadtwerke als Akteure auch sind, die Stadtwerke alleine können in der Stadt keine Kli-manneutralität herstellen, dazu bedarf es vieler weiterer Akteure. Bei der Akquise dieser Ak-teure kommen ihm Zweifel.

Er berichtete, dass der neue Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz seine Eröff-nungsbilanz vorgelegt hat und sagte, dass zur Erzielung der Klimaneutralität bis 2045 die Klimaschutzanstrengungen verdreifacht werden müssen. Dazu sagte er, dass diese Verdrei-fachung eine „Mammutaufgabe“ ist. Er fragte, wie dann die Stadt diese Aufgabe bis 2030 erreichen soll. Seiner Meinung nach ist das Ziel 2045 ambitioniert genug und die Zeit, die für die Diskussion solcher utopischen Ziele verwendet wurde, unnötig.

Herr Raue sagte, dass auch er in der gebotenen Kürze, aber auch Ausführlichkeit zu Wort kommen möchte.

Herr Krause nahm Bezug auf Herrn Scholtyssek und sagte, dass es sich nicht um Hirnge-spinste, sondern um eine Mission handelt. Er führte das Beispiel des Mobiltelefons an. Sei-ner Meinung nach ist mit Ideenkraft viel umsetzbar.

Er stellte außerhalb des Tagesordnungspunktes eine Frage: Aufgrund der aktuellen Situation bei den sogenannten Kündigungen von Stromverträgen und das Zurückfallen auf den soge-nannten Kommunalversorger berichtete er, dass die Bepreisung nach einer solchen Kündi-gung höher ist, als die bei einem Regervertrag. Er fragte, wie das in der Stadt Halle (Saale) gehandhabt wird.

Herr Schneider antwortete, dass es weit über 1.000 Stromkunden sind, die zur EVH gewandert sind, weil die bisherigen Stromunternehmen insolvent gegangen sind, nicht mehr beliefern oder deren Vertrag gekündigt haben. Diese wurden in den Grundversorgungstarif übernommen. Juristisch müssen solche Kunden für 3 Monate in der Ersatzversorgung und nach den 3 Monaten in die Grundversorgung übernommen werden. Preislich wird hier nicht zwischen Ersatzversorgung und Grundversorgung unterschieden. Alle Kunden haben den gleichen Tarif bekommen, wie alle anderen Bestandskunden in der Grundversorgung ebenfalls haben.

Frau Jacobi erinnerte an den verabschiedeten Antrag der SPD-Fraktion im Mai 2019. Darin ging es darum, dass die Agenda 2030 zu nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene mit Leben gefüllt wird. Sie bedankte sich, dass dies mit der Roadmap aufgegriffen wurde. Ihrer Meinung nach ist es wichtig, dass die Stadt Halle (Saale) einen früheren Termin für die Klimaneutralität, als der Bund wählt.

Frau Thomann bezog sich auf die genannte Fehlstelle der Landwirtschaft und sagte, dass es hier schwer sein wird Ideen zu entwickeln. Sie bot ihre Hilfe bei der Ideenentwicklung an.

Herr Aldag bezog sich auf die Aussage von Herrn Scholtyssek und sagte, dass die lange Diskussion notwendig war, um Bewegung in die Thematik zu bringen. Er bezeichnete die Diskussion und das, was von den Stadtwerken/ EVH vorgetragen wurde, als kleinen Meilenstein. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrags, um auf der Grundlage der heutigen Diskussion diesen nochmal zu überarbeiten. Er lud zu einer fraktionsübergreifenden Antragsstellung ein.

Herr Paulsen wies auf den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters, vor allem den Beschlusspunkt 1 hin und regte an, diesen bei der bevorstehenden Diskussion mit aufzunehmen. Die Ziele, die im Energie- und Klimapolitischen Leitbild dargestellt werden, die sind ableitbar aus der Forschung, die sich die Stadt Halle (Saale) erarbeitet hat, insofern ist klar, das was im Bund als Zielstellung formuliert wird, für die Stadt vorher erreichbar ist. Das derzeit in der finalen Abstimmung sich befindende Leitbild dient als Grundlage für weitere Tätigkeiten ist.

Herr Raue betonte, dass es nicht nur Vision, sondern seiner Meinung nach ein Stück Illusion ist, und zwar insofern, als Deutschland die CO₂-Reduktion nicht auf gleichem Wettbewerbsniveau wie Frankreich erreichen wird. Frankreich stellt beispielsweise den Strom aus Kernkraft her. Deutschland verliert die Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf die europäischen Nachbarn, aufgrund der Umstellung der Energieversorgung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 5.5 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030**
Vorlage: VII/2021/03277

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle strebt die **frühzeitige Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 an und schreibt das entsprechende Klimaschutzkonzept entsprechend fort. an und folgt dabei dem Grundgedanken, Umwelt und Ökonomie zu verbinden. Das Ziel der Klimaneutralität soll deutlich früher erreicht werden, als es die derzeitigen gesetzlichen Regelungen in Deutschland vorsehen. Zur Sicherstellung dieses Ziels werden für jeden der relevanten Sektoren Teilklimaschutzpläne entwickelt. Die relevanten Sektoren sind Energie, Gebäude, Industrie und Gewerbe, Mobilität, Landwirtschaft. Für das Erreichen einer netto-Null-Klimaneutralität werden für jeden der Sektoren Transformationswege entwickelt und mit zeitlich verankerten Minderungszielen versehen. Aus den Teilklimaschutzplänen je Sektor wird bis Ende 2022 ein neues ganzheitliches Klimaschutzkonzept für die Stadt entwickelt. Im Zuge dieser Vorgehensweise wird geprüft, ob Klimaneutralität bis 2030 erreicht werden kann.**
2. Zur Sicherstellung der Finanzierung dieses Ziels **überprüft die Stadtverwaltung laufend Programme des Landes, des Bunds und der EU mit dem Ziel, Fördermittel zu erhalten. Insbesondere prüft** ~~beteiligt sich~~ **die Stadtverwaltung eine Beteiligung** ~~beteiligt sich~~ die Stadt an der Ausschreibung „100 climate-neutral cities by 2030 – by and for the citizens“ der Europäischen Kommission mit einer eigenen Bewerbung.
3. Die Stadtverwaltung berichtet bis zum Bewerbungsschluss für das Programm fortlaufend im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung über den aktuellen Stand der Vorbereitungen.
4. Die **eventuelle** Bewerbung wird dem Stadtrat rechtzeitig vor Ablauf der Bewerbungsfrist zur Kenntnis vorgelegt.
5. **Falls die Stadtverwaltung zum Prüfergebnis kommt, dass der Abschluss eines Klimaschutzvertrags entsprechend der Ausschreibung unter 2. unvermeidbare wirtschaftliche Risiken für die Stadt oder die städtischen Unternehmen bedeuten würde, ist das Klimaschutzkonzept der Stadt Halle bis Ende 2022 so anzupassen, dass die Ziele des entsprechenden EU-Programms so weit wie möglich erreicht werden können. Das gilt unter der Maßgabe, dass die wirtschaftlichen Risiken für die Stadt und die städtischen Unternehmen minimiert werden und die Maßnahmen sozial verträglich zu gestalten sind. Hierbei können Annahmen zu notwendigen Förderprogrammen des Landes, des Bundes oder der EU getroffen werden, ebenso technische Annahmen wie z.B. die Verfügbarkeit von ausreichend klimaneutralem Wasserstoff bis 2030, um nicht vermeidbare Brennstoff-Verbrennung zur Wärme- oder Stromerzeugung zu ermöglichen. Das Klimaschutzkonzept hat dabei alle Sektoren entsprechend der Definition des unter 2. angeführten EU-Programms zu berücksichtigen.**

6. Bei der Erarbeitung von Maßnahmen (innerhalb des EU-Programms oder außerhalb) sowie bei der Beantragung von Fördermitteln zur Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen sollen die Kompetenzen innerhalb der städtischen Unternehmen genutzt werden. Die städtischen Unternehmen werden dazu aufgefordert, ihre bereits jetzt (insbesondere im Energiesektor) umfangreichen Anstrengungen zu intensivieren, um das angestrebte Ziel einer Klimaneutralität ~~bis 2030~~ entsprechend dem zu überarbeitenden Klimaschutzkonzept zu ermöglichen.
7. Bei der Erarbeitung und während der Umsetzung der Maßnahmen sind die Bürgerschaft, die Unternehmen und weitere Stakeholder (z.B. HalleZero e.V.) der Stadt Halle intensiv zu beteiligen, da zur Erreichung des Ziels eine intensive Mitwirkung aller notwendig ist. Hierzu unterstützt die Stadtverwaltung die Einrichtung eines Klimaschutzrats.

zu 5.5.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030 (VII/2021/03277)
Vorlage: VII/2021/03426**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext erhält folgende Fassung:

1. Die Stadt legt im zweiten Quartal 2022 ihre vorgezogenen Ziele zur Erreichung der Klimaneutralität in ihrem energie- und klimapolitischen Leitbild fest. Die Untersetzung der Ziel- und Zeitachsen im einzelnen Handlungsfeld soll integrativ in den bereits anstehenden Planwerken der jeweiligen Akteure erfolgen.
2. Die untersetzten Ziele und Maßnahmen der Handlungsfelder werden in das integrierte und ganzheitliche Klimaschutzkonzept der Stadt eingearbeitet, dessen Fortschreibung ab 2023 geplant ist. Dabei ist es entscheidend für ein klimaneutrales Halle (Saale), in einem geeigneten Beteiligungsformat verbindliche Ziele mit Privatwirtschaft und Privathaushalten zu vereinbaren. Die Stadtverwaltung wird gebeten, diesen Prozess gemeinsam mit allen Klimaschutz-Initiativen und notwendigen Partnern zu gestalten.
3. Die Stadt setzt weiterhin in allen Handlungsfeldern konsequent Maßnahmen um und akquiriert zusätzliche Fördermittel.
4. Die Stadtverwaltung berichtet im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung regelmäßig über den Stand der Bearbeitung.

**zu 5.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03208**

**zu 5.6.1 Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03512**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Teschner sagte, dass die Sondernutzungsgebührensatzung derzeit überarbeitet wird und hinsichtlich der Markisen kein dringender Handlungsbedarf besteht. Die entsprechende Beschlussvorlage wird zeitnah eingebracht. Eine doppelte Berechnung erfolgt nicht.

Herr Raue brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen. Er schlug Frau Dr. Burkert eine Fusionierung der Anträge oder die Übernahme des Änderungsantrages zur Entlastung der Unternehmen vor.

Herr Menke fragte Herrn Teschner, ob die Abrechnung der 4 Gastronomen rechtswidrig und nicht im Einklang mit der Sondernutzungsgebührensatzung erfolgte. Er sagte, dass die Anträge erledigt wären, wenn die Sondernutzungsgebührensatzung keine doppelte Abrechnung zulässt.

Herr Teschner bejahte, dass keine doppelte Abrechnung stattfinden kann. Aus diesem Grund ist ein Handlungsbedarf nicht zu erkennen.

Frau Jacobi sagte, dass der Antrag als erledigt zu betrachten wäre. Sie regte Herrn Raue an, den Änderungsantrag als separaten Antrag zu stellen, da es sich um eine andere Thematik handelt.

Frau Dr. Burkert sagte, dass eine Klarstellung notwendig ist, dass die Markisengebühr nur einmalig zu zahlen ist. Sie sagte, dass der Änderungsantrag der AfD abgelehnt werden sollte, da dieser den Gastwirten massiv schaden würde und nannte Beispiele. Sie warb um Zustimmung für den Antrag.

Herr Raue sagte, dass der Änderungsantrag falsch interpretiert wurde. Er sagte, dass dieser entlastender und zielführender wäre.

Herr Teschner sagte, dass öffentlicher Raum in der Nutzung nicht doppelt vergeben werden kann. Wenn Tische und Stühle der Gastronomen im Rahmen der Sondernutzung aufgebaut wurden, sind Markisen inkludiert. Er wiederholte, dass es lediglich 4 bekannte Fälle der Doppelabrechnung gibt und kein dringender Handlungsbedarf besteht.

Herr Menke schloss sich den Ausführungen von Herrn Teschner an und sagte, dass sich die Stadtverwaltung an die gesetzlichen Vorgaben zu halten hat. Er regte an, auf die angekündigte Beschlussvorlage zu warten.

Herr Raue fragte, inwieweit die Warenauslagen der Einzelhändler aktuell betroffen sind.

Herr Teschner sagte, dass es nur 4 Einzelhändler insgesamt betrifft, wo Markisen gesondert in Rechnung gestellt wurden.

Frau Dr. Burkert vertagte den Antrag ihrer Fraktion.

Es gab keinen Einwand gegen die Vertagung.

**zu 5.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03208**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum ~~Dezember 2024~~ **Februar 2022** einen Beschluss zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung vorzulegen, mit dem künftig in den Zonen für die Außengastronomie nach der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) im Falle der Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Freisitze (nach Ziffer 3) keine zusätzliche Gebühr für die Nutzung von Markisen (Ziffer 10.1) erhoben wird.

**zu 5.6.1 Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03512**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum **März 2022** einen Beschluss zur Änderung der **Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung) mit folgender Maßgabe** vorzulegen, mit dem künftig in den Zonen für die Außengastronomie nach der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) im Falle der Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Freisitze (nach Ziffer 3) keine zusätzliche Gebühr für die Nutzung von Markisen (Ziffer 10.1) erhoben wird.

Der § 9 ist um den Absatz (4) mit folgendem Inhalt zu erweitern:

Sondernutzungsgebühren werden für identische Flächen in dem Umfang nicht erhoben, in dem diese deckungsgleich durch Dächer und Markisen überbaut sind, für die durch den identischen Sondernutzer bereits Sondernutzungsgebühren gemäß der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle entrichtet werden.

zu 5.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Aufstellung von Fahrradbarometern
Vorlage: VII/2021/03341

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Her Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Aufstellung von Fahrradbarometern
Vorlage: VII/2021/03341

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob an verschiedenen Stellen in der Stadt automatische Zählstellen für Radfahrende, wie z.B. in Bonn installiert werden können.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine weiteren schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Anmerkung: Die Baumfällliste ist in Session hinterlegt.

Herr Aldag äußerte seinen Unmut darüber, dass bereits vor Erhalt der Baumfällliste Baumfällen vorgenommen wurden, wie beispielsweise in der Roßbachstraße/ Hafenbahnstraße. Er bat darum, die Liste terminlich anders zu gestalten, damit die Ausschussmitglieder vor Fällungen informiert werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Jacobi zu einer Wegverschmutzung in Richtung Voßstraße

Frau Jacobi berichtete, dass der Weg vom Waisenhausring in Richtung Voßstraße stark verschmutzt ist. Sie fragte, wer für eine Beseitigung der Verschmutzung zuständig ist. Laut Aussagen der Franckesche Stiftungen gehört der Weg nicht zu deren Gelände.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Fall bekannt ist und es derzeit Abstimmungen mit den Franckesche Stiftungen und dem Grundstückseigentümer gibt.

zu 8.2 Herr Lange zu Wildschweinen in Halle-Neustadt

Herr Lange berichtete, dass das Gelände in den Weinbergwiesen durch Wildschweine umgepflügt ist und hier mit Begegnungen mit Wildschweinen zu rechnen ist. Er fragte, was unternommen wird, um den Populationsdruck zu minimieren und ob die Stadtverwaltung dazu im Gespräch mit der Jägerschaft ist.

Herr Teschner antwortete, dass die Stadtverwaltung in regelmäßiger Abstimmung mit der Jägerschaft ist. Des Weiteren gibt es seit Mitte letztem Jahr eine Abschussprämie für Schwarzwild, in Höhe von 65 Euro je erlegtes Schwarzwild. Die Abschussprämie soll dazu dienen, um die Abschusszahlen zu erhöhen.

Herr Lange fragte, wie effektiv die Maßnahmen gemeinsam mit der Jägerschaft sind, da die Population bisher nicht minimiert werden konnte. Zudem seien Wildschweine gefährliche Tiere, vor allem, wenn sie Frischlinge haben.

Herr Teschner sagte, dass Wildschweine keine Angriffstiere sind.

zu 8.3 Herr Scholtyssek zu nächtlichen Ruhestörungen

Herr Scholtyssek sagte, dass trotz der winterlichen Temperaturen auch weiterhin nächtliche Ruhestörungen an den bekannten Hotspots zu beklagen sind. Er fragte nach dem aktuellen Stand zur Umsetzung des 24-Stunden-Ordnungsdienst und ob die entsprechenden Stellenausschreibungen erfolgt sind. Des Weiteren fragt er, was die Stadtverwaltung gegen die weiterhin anhaltenden nächtlichen Ruhestörungen unternimmt.

Herr Teschner antwortete, dass das Landesmuseum nach wie vor ein Hotspot für nächtliche Treffen ist. Daher wird der Standort auch täglich kontrolliert, auch in Zusammenarbeit mit der Polizei. Es ist aktuell zu beobachten, dass trotz der niedrigen Temperaturen weiterhin Treffen stattfinden und nicht wie in den vergangenen Jahren in den Wintermonaten zurückgehen. Eine Vermeidung solcher Treffen kann nur durch alternative Lösungen für Treffpunkte für die Jugendlichen geschaffen werden.

Der 24-Stunden-Ordnungsdienst soll voraussichtlich im 2. Quartal 2022 eingeführt werden. Für die Umsetzung wurden aktuelle 6 neue MitarbeiterInnen eingestellt, einer zum 15. Dezember 2021 und 5 zu Anfang Januar 2022. Zudem wird es in Abstimmung mit dem Personalrat im Februar bzw. März 2022 eine neue Dienstvereinbarung geben.

Herr Scholtyssek fragte, wie viele der im Haushaltsplan beschlossenen Personalstellen derzeit besetzt sind.

Herr Teschner antwortete, dass mit Stand heute 6 Personalstellen besetzt sind. Aktuell gibt es ein 2. Auswahlverfahren, bei dem 50 Bewerbungen eingegangen sind. Diese befinden sich derzeit in Sichtung.

zu 8.4 Frau Krischok zum Dürreschutzkonzept

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Anfrage zum Dürreschutzkonzept:

Im Dürreschutzkonzept steht im Maßnahmeblatt Seite 5 das Erstellen einer Konzeption zur Anwachspflege.

- 1. Ist diese Konzeption mittlerweile erstellt? Wenn ja, kann diese bitte uns zugesandt oder im KUOA vorgestellt werden? Wenn nein, warum nicht?*
- 2. Konnten andere kurzfristige Maßnahmen des Dürreschutzkonzeptes bereits umgesetzt werden?*
- 3. Gibt es Maßnahmen, die aus heutiger Sicht nicht mehr sinnvoll sind umzusetzen? Wenn ja, welche sind das?*

Herr Johannemann antwortete, dass noch kein schriftliches Konzept zur Anwachspflege vorliegt. Die Fertigstellungspflege wird in den Ausschreibungen für Neupflanzungen mit verankert. Auf der haleschen Internetseite wird auf Methoden zur Baumbewässerung hingewiesen. Auch bei Vereinbarungen von Gießpatenschaften oder in Absprache mit der Abteilung Grünflächen werden entsprechende Hinweise gegeben. Zudem werden Gießsäcke an die Gießpaten ausgegeben. Für die Frage 3 sicherte er eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.5 Frau Krischok zu Sirenen

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zu Sirenen:

1. Welche Möglichkeiten nutzt die Stadt derzeit zur Warnung der Bevölkerung in Gefahrensituationen?
2. Wie ist der aktuelle Stand bzgl. der Wiedererrichtung von Sirenen?

Herr Teschner antwortete, dass derzeit über die Katwarn-App, durch Lautsprecherdurchsagen, im Rundfunk und Fernsehen, die halesche Internetseite und durch digitale Werbeanlagen gewarnt wird. Ziel ist es, das Sirenennetz stückweise wieder aufzubauen. Derzeit liegt ein Förderbescheid in Höhe von 75.950 Euro vor, womit 6 Standorte (Rathaus, Hauptwache, Südwache, Freiwillige Feuerwehr Dölau, Trotha, Ammendorf) errichtet werden. Danach erfolgt die Ausbaustufe 1, in der weitere 7 Standorte geplant werden. Dazu wird noch dieses Jahr ein Folgeförderantrag gestellt.

zu 8.6 Frau Krischok zu Beförderungen

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zu Beförderungen:

- 1. Stimmt es, dass seit längerer Zeit zu wenige bzw. keine Beförderungen bei der Berufsfeuerwehr stattfinden? Wenn ja, worin liegen die Gründe?*
- 2. Wie viele Personen haben aktuell das Recht auf eine Beförderung?*
- 3. Welchen Betrag müsste die Stadt für die vollständig durchzuführenden Beförderungen einplanen?*

Herr Teschner antwortete, dass 2021 44 Beförderungen geplant waren, die aufgrund der Haushaltssperre nicht umgesetzt werden konnten. Beamtinnen und Beamten haben keinen grundsätzlichen Anspruch auf Beförderungen. Die Stadtverwaltung war bemüht, um die geplanten Beförderungen durchzuführen. Dennoch gab es keine einvernehmliche und rechtssichere Lösung mit dem Landesverwaltungsamt. Unter den 44 geplanten Beförderungen sind 25 aus dem feuerwehrtechnischen und 19 aus dem verwaltungstechnischen Dienst. Mit ca. 200.000 Euro sind für die geplanten 44 Beförderungen einzuplanen.

zu 8.7 Frau Krischok zum Präventionsrat

Frau Krischok fragte nach der ausstehenden Antwort zu ihrer Frage in der Novemberausschusssitzung zum Präventionsrat. Zudem bat sie um die Gründe, weshalb immer noch keine Antwort vorliegt. Des Weiteren fragte sie, ob die Stadtverwaltung überhaupt einen solchen Präventionsrat einrichten will, oder ob kein Mitarbeiter oder keine Mitarbeiterin die entsprechenden Stellenausschreibungsmerkmale erfüllt.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Thomann zu Wildschweinen

Frau Thomann betonte, dass Wildschweine keine ungefährlichen Tiere sind. Aus der Erfahrung der letzten 2 Jahre schießen Jäger ihrer Meinung nach lieber Böcke, auch wenn sie dabei Menschen gefährden, als Wildschweine. Ihrer Meinung nach ist die Abschussprämie auf 60 Euro erhöht worden.

Sie fragte, wie viele Wildschweine in den letzten 3 Jahren jeweils erlegt wurden. Weiterhin fragte sie, wie viele Drückjagden in den letzten 3 Jahren geplant, angemeldet und durchgeführt und wie viele Wildschweine und Rehe dabei erschossen wurden.

Sie berichtete, dass Bitterfeld auch mit einer vermehrten Population von Wildschweinen zu kämpfen hatte und fragte, ob die Stadt Hall (Saale) in einen Erfahrungsaustausch mit Bitterfeld getreten ist.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin